

ContraSalon

Dipl.-Ing. Jürgen Wahl ☀ Mein politischer Privatbrief No 15 – 1.9. 2010

herbert reul contra ökodiktatur + peter liese geißelt vergeudung von organ-spenden + patt im gelähmten berlusconi-lager + schein und sein der wind-kraft + 14 neue kernkraftwerke für vietnam + mutige börsenzeitung + lügen über ungarn - premier orban + adenauer: cdu-platz nur in der mitte

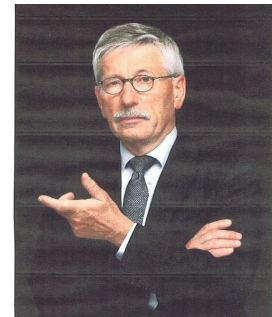
Nachgefragt: Will "Brüssel" wirklich eine eigene Steuer oder nicht?

Aus einem Gespräch mit Kommissar Janusz Lewandowski wurde ein Medien-Popanz

Selbst Blätter, hinter denen sich der eine oder andere Kopf verbirgt, zu schweigen vom Radio und von Provinzpostillen meldeten noch immer unverdrossen, die Europäische Kommission habe eine **"EU-Steuer" auf dem Herd**, und die müsse bald gefressen werden. Nur **Janusz Lewandowski**, ehemals gewitzter Chef des **EP-Haushaltsausschusses**, kennt diese Speisekarte nicht. Nächste Woche nämlich wird die Kommission tun, was sie schon häufig tat: Sie denkt mit allen ihren Mitgliedern über **mittelfristige Finanzplanung** nach, debattiert zum x-ten Mal die Frage, ob das System der "Eigenmittel" der EU noch *up to date* ist, weil sich die Einkommensquellen immer weiter gegeneinander verschoben haben. Und dann wird die Kommission **nichts beschließen, schon gar keine Steuer**, sondern sie schickt eine amtlich so genannte **"Mitteilung"** an die 27 Regierungen in der EU und zählt auf, was geschehen könnte, um das System der Einnahmen und Ausgaben der Union zu reformieren. Denn - nie vergessen! - die Kommission hütet sich bei Finanzfragen, für die trotz "Lissabon" weiter **EINSTIMMIGE** Beschlüsse nötig sind, **dogmatisierte Modelle** auf den Tisch des Rats zu stellen. Also alles heiße Luft? Nicht ganz. Deutsche Medien hindert doch niemand, der Bundesregierung Vorschläge für die Renovierung des EU-Haushalts zu machen. Nur bringt das keinen BILDgemäßen Aufschrei am Kiosk. **JW**

Gebt Thilo Sarrazin schnell den 1. Preis für die PR-Multimedien-Flut

Ein paar Tage nach Bekanntwerden von Zitaten aus dem neuesten Buch des abweichenden Kritik-Sozis geschah im **Deutschlandfunk** Ungeheuerliches. Ein entweder dummer oder mutiger Moderator sagte, die Wissenschaftler X und Y, bekannt + anerkannt, hätten alle von Sarrazin erwähnte **Zahlen und Thesen über Migrantenprobleme "längst veröffentlicht"**, seien aber offensichtlich ohne gleich hohe Mittel, um mit "so einem Brüll-Buch" eine größtmögliche **PR-Kampagne** lostreten zu können, absolut lohnend und löhnend wie eine Gelddruckmaschine: Denn in allen Buchhandlungen häuften sich Anfang dieser Woche stundenlang Sarrazin-Bestellungen. // Prominenz biss in die PR-Bonbons: **Angela Merkel** beließ es bei einem vorsichtigen "überhaupt nicht hilfreich", **Sigmar Gabriel** hält Sarrazin weiterhin "für dämlich" und erfuhr, dass zwei Drittel der SPD-Wähler wie Sarrazin auf Islamismus reagieren. CDU-MdB **Ruprecht Polenz** verglich Sarrazin mit Hollands Hetzer **Geert Wilders** und übersah, dass dieser Mann Hollands Christdemokraten schlug. **Cem Özdemir** meint, **Bin Laden** habe Sarrazin inspiriert. Der Berliner SPD-Genosse **Buschkowsky** beneidete Sarrazin realistisch **"um diese große Publicity"**. Der NPD-Landtagsabgeordnete **Jürgen Gansel** freute sich, der Abräumer habe "ein regelrechtes NPD-Buch geschrieben". // Was könnten politische Linke aller Art, die an der Spitze des Gebrülls marschierten, endlich anders machen? **1.** Buch testen, **Fakten akzeptieren oder widerlegen**, **2. Diskussion Gabriel-Sarrazin ansetzen, aufzeichnen und im TV senden, wenn sie Substanz hat**, **3.** Sarrazin davor warnen, in seinem Eifer noch mehr NPD-Beifall zu erzeugen, **4.** Das verdammte Buch erst richtig lesen und ausnahmsweise erst danach kommentieren. Von mir aus negativ.



Thilo Sarrazin, SPD

WERKSTATT EUROPA



Herbert Reul, CDU-MdEP für das Bergische Land: Keine neue Bürokratie durch EU-Ökodesignrichtlinie! Kommen noch schädliche EU-Vorschriften für Duschköpfe und Toilettenspülungen?

Vor neuen bürokratischen Auflagen für wasserverbrauchende Geräte hat Herbert Reul, Vorsitzende des Industriausschusses des Europäischen Parlaments, gewarnt. Die EU-Kommission müsse bei der anstehenden Erarbeitung neuer Verbrauchsvorgaben für Duschköpfe oder Toilettenspülungen die **Auswirkungen genau prüfen**, forderte er. Insbesondere dürften die zu erwartenden Vorschriften für "energieverbrauchsrelevante" Produkte auf Basis der 2009 verabschiedeten Ökodesignrichtlinie nicht die **Wettbewerbsfähigkeit** von Unternehmen beeinträchtigen oder zu Nachteilen für die Verbraucher führen. Zudem müsse im Falle von wasserführenden Geräten die **Sicherheit und Funktionsfähigkeit des Leitungsnetzes** gewährleistet sein. "Das Europäische Parlament hat der Kommission mit der Ökodesignrichtlinie **keinen Freifahrtschein in eine Ökodiktatur** ausgestellt", betonte Reul. So sehe die Ökodesignrichtlinie vor, dass eine neuen Regelung "den Herstellern keine übermäßigen administrativen Belastung aufbürdet". ("Energieverbrauchsrelevant"? Was versprach einmal Präsident Barroso? "Alle Bürger müssen uns verstehen können." Wie nett.

Peter Liese MdEP: Deutschland vergeudet zu viele Spenderorgane 50 Prozent verfügbarer Organe gehen verloren, Organisation muss optimiert werden

"Ich hoffe sehr, dass sich die Menschen in Deutschland durch die aktuelle mediale Berichterstattung zum Thema Organspende vermehrt dem sensiblen Thema annehmen und Organspendeausweise ausfüllen." So der CDU-Europaabgeordnete und Arzt, Dr. med. Peter Liese. Der **gesundheitspolitische Sprecher der größten Fraktion im Europäischen Parlament (EVP/Christdemokraten)** sagte, dass in Deutschland **täglich drei Menschen sterben**, da ihnen kein passendes Spenderorgan zur Verfügung gestellt werden konnte. // Nicht nur die unbefriedigende Anzahl von potentiellen Organspendern in Deutschland sei verantwortlich, sondern insbesondere die mangelnde Koordination und unzureichende Organisation in den Krankenhäusern. "In Deutschland gehen zu viele Organe verloren, weil beispielsweise potentielle Spender nicht identifiziert werden oder die nötigen Gespräche mit den Angehörigen nicht geführt werden können. Etwa die Hälfte der Organe geht dadurch in Deutschland verloren, obwohl die Patienten einen Spenderausweis haben oder die Angehörigen bereit wären, einer Organspende zuzustimmen." // Weithin **von den Medien nicht beachtet wurde, dass das Europäische Parlament im Mai 2010** für die ganze EU die Einführung von **Transplantationskoordinatoren** in Krankenhäusern forderte, eine Fachkraft, die über ausreichende Erfahrung mit der Organspende verfügt und die Organisation und Koordination der Organspenden übernimmt. Transplantationskoordinatoren haben sich im europäischen Ausland bewährt. Spanien beispielsweise ist insbesondere durch diese das in Europa mit Abstand erfolgreichste Land: Auf eine Million Einwohner kommen 34,2 Organtransplantationen pro Jahr. Deutschland liegt mit 14,4 Transplantationen weit zurück.

Auch nach dem Sommer: Großes Politik-Patt im Lager Berlusconi Mitte-Parteien wie Christdemokraten noch uneins. Und Gianfranco Fini sprang zu früh



Gianfranco Fini und Silvio Berlusconi

Die Fini-Gruppe betrachtet sich weiterhin als Teil der Regierungsmehrheit von Berlusconi, behält sich aber vor, nur dann noch mit der Regierung zu stimmen, wenn der Gegenstand zu den Dingen gehört, die vereinbart waren. Die Lage ist paradox: Die Mitglieder der selbst-abgesonderten Fini-Gruppe sind sogar nach

wie vor Mitglieder der **PdL (Berlusconi-Partei)**, doch außer Fini selbst! Denn der Mitbegründer dieser Partei wurde von Berlusconi praktisch rausgeschmissen. Auch blieben die Mitglieder der Fini-Gruppe, welche Regierungsämter haben - als Minister oder Staatssekretäre - in der Regierung. Der nationale Koordinator der Sezession "**Freiheit und Zukunft**", **Menia** (Staatssekretär im Umweltministerium) ist gleichzeitig Koordinator der PdL in der (nordöstlichen) Region Friaul-Julisch Venetien. Ein Indiz für den Stand der Konfusion. Es sind Bemühungen im Gang, von beiden Seiten, den Bruch zu reparieren.

Die Tendenz geht aber in die andere Richtung, die **Abspaltung**. Und die neue Entwicklung zeigt, dass das **Experiment italienischer Bipolarismus wohl gescheitert** ist. Auch die Idee von einer so genannten "leichten" charismatischen Partei, die sich am Führer orientiert und deshalb ohne Strukturen und Programm auskommt, beruht ganz offensichtlich auf einer unzureichenden Vorstellung von Demokratie; den Test der Nachhaltigkeit hat es jedenfalls nicht bestanden.

Es gibt nun in der Mitte drei Kräfte: die (christdemokratische) UDC (Casini), die als Abspaltung von der sozialliberalen PD entstandene "Allianz für Italien" (Rutelli), und "**Freiheit und Zukunft**" (**Fini**). Finis Gruppe hat sich nur als Parlamentsfraktion konstituiert. Die Drei machen bei Wahlen zusammen **vielleicht 15 %** aus. Daraus kann, je nach der Dynamik, die sich entwickeln **wird**, falls es tatsächlich schon bald zu Wahlen käme, mehr werden, ebenso auch weniger. Eine andere Frage ist, ob die Drei zusammen gehen werden, und falls ja, in welcher Weise. Berlusconi umwirbt die UDC, um den Verlust der Fini-Gruppe auszugleichen.

Die Lega Nord lehnt - wie bisher - ein Zusammengehen mit der UDC ab. Casini wird in die Regierung auch nur eintreten, wenn Berlusconi sein Scheitern eingesteht und zurücktritt, um den Weg zu einer Neuverhandlung der Zusammensetzung der Regierung plus Programm frei zu machen. Das lehnt Berlusconi ab. Er hat stattdessen der Fini-Gruppe ein Ultimatum gestellt: Entweder ihr akzeptiert fünf prioritäre Punkte des Regierungsprogramms, dem ihr seinerzeit schon zugestimmt hattet - **oder es gibt Neuwahlen.**

Doch wie kann es Neuwahlen geben, ohne dass die Regierung abtritt? Erst dann könnte der **Staatspräsident Napolitano** tätig werden. Und der möchte keine Neuwahlen, sondern will, dass eine neue Mehrheit im Parlament gesucht wird. Die "formale" Verfassung gibt ihm Recht. Noch immer alles offen !

=====

ENERGIEUMWELTECHNIKEENERGIEUMWELTECHNIKEENERGIEUM

🌀 **Dr. Jürgen Grossmann, RWE-Vorstand** und Kraftwerkexperte in der FAZ vom 27. August 2010: "Nimmt man an, dass die 'Erneuerbaren' eines Tages hundert Prozent der Stromerzeugung tragen, braucht man (zur **Speicherung**, CS), ein **Pumpspeicherkraftwerk, das so groß wie der Bodensee ist. Der Bodensee müsste alle zwei Wochen komplett abgelassen und neu befüllt werden**" Dazu niederländische Experten: "Wir liefern Windstrom nach Norwegen. Er treibt Pumpen, die Wasser in hohe Stauseen schaffen. Später können Generatoren mit diesem Wasser angetrieben werden und Strom zu uns zurück liefern." Diese Lösung steht den Deutschen und anderen Staaten nicht mehr zur Verfügung, weil kaum noch skandinavische Stauseen geplant werden können.

🌀 Die deutschen Kernenergiebetreiber bekommen Rückenwind aus Paris. Die dort ansässige **Internationale Energieagentur (IEA)** empfiehlt, weltweit jährlich 20 neue Reaktoren in Betrieb zu nehmen. Von längeren Laufzeiten von 60 Jahren geht die IEA ohnehin aus, und sie wurden in 2010 schon mehrmals beschlossen. Lt. IEA wird ab 2050 die Kernenergie mit 24 % die weltweit größte Stromquelle sein. Die Kerntechnik ist vor allem eine ausgereifte Technologie. Es erfordere für die Umsetzung keinerlei technische Durchbrüche mehr. www.iea.org/papers/2010/nuclear_roadmap.pdf

🌀 Aus dem Bundesminister **Norbert Röttgen** unterstehenden Umweltbundesamt (UBA) werden wieder gewaltige Kapazitätswahlen im Bereich Windkraftanlagen verbreitet, nicht das, was diese **tatsächlich ins Netz produzieren**. Bekannt wurde schon, dass sie in diesem Sommer **nur 4% ihrer Kapazität** lieferten. Ein Bauernverbandsfunktionär: "Im Rest des

Jahres wird's nicht viel mehr, wie 2009 bewies." Landwirte würden keine "Windmühlen" aufstellen, "wenn sie uns nicht aus dem Steuertopf neue Einkommen lieferten".

☉ **Zustimmung zur Kernenergie wächst:** Eine steigende Akzeptanz der Kernkraft bei der Bevölkerung bei einem Mix der Energiearten hat Forsa-Chef **Manfred Güllner** (SPD) bei einer exklusiven Umfrage seines Institutes im Auftrage des Magazins FOCUS herausgefunden. Im Sommer 2010 sind 81 % der Bürger der Meinung, dass auf Kernenergie nicht völlig verzichtet werden könne. 2005 waren es noch 59 %. (Focus Nr. 30, 27.7.2010, S.13). Die Grünen behaupten dreist, die Umfrage sei wertlos, ARDZDF hüpfen hinter ihnen her.

☉ Erinnern wir uns an die Einstellung des **TRANSRAPID**? Nun droht eine zig mal größere Abwanderung aus Deutschland: **E.ON und CEA (Commissariat à l'Energie Atomique et aux Energies Alternatives, Frankreich)** haben eine Rahmenvereinbarung zur Zusammenarbeit bei der Kernenergie-Forschung und **Entwicklung** getroffen. Diese Vereinbarung schafft die Grundlage für neue Forschungsprojekte zur künftigen Nutzung der Kernenergie, die sowohl im Interesse von CEA als auch von E.ON liegen. Die Forschungsprojekte beziehen sich auf die derzeit weltweit betriebenen Kernreaktoren der so genannten II. Generation, aktuelle **Bauprojekte von Anlagen der III. Generation sowie künftige Reaktoren und Optionen für Brennstoffkreisläufe der IV.Generation**, deren technische Reife für eine wirtschaftliche Nutzung zur Mitte dieses Jahrhunderts erwartet wird. Siemens tauchte bekanntlich schon in die russische Industrie (ROSATOM) ein. Und nun gehen weitere Kernenergie-Forscher weg, weil die Arbeit hier enden soll.

☉ Laut TÜV ist das Atomkraftwerk Isar 1 trotz Rissen durch Korrosion betriebssicher. Grüne und SPD logen einen Zwischenfall herbei und forderten gegen den TÜV eine Abschaltung. E.ON wirft den Landtags-Grünen die Falschdarstellung des TÜV-Gutachtens vor. Nützt natürlich nix, denn willige Medien standen den Grünen gegen den TÜV bei. Der TÜV gutachtet bekanntlich eidessicher, die ARD nicht.

☉ BASF fordert "realistisches Energiekonzept". Eine De-Industrialisierung befürchtet **Jürgen Hambrecht**, Vorstandsvorsitzender von BASF. Er fordert im Interview mit der "Börsenzeitung" ein realistisches Energiekonzept, das die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands sichere. Mit der gegenwärtigen Energiepolitik, **insbesondere der Subventionierung so genannter "erneuerbarer" Energien**, werde Deutschland seine Stärken verlieren und bald seine eigene De-Industrialisierung betreiben. (Börsenzeitung 13.08.2010) Diese Einschätzung veröffentlichten inzwischen schweizerische und britische Zeitungen.

☉ In **Brandenburg** sollen 215 km neue Hochspannungsleitungen entstehen, doch der Protest wächst. Bundesweit gibt es derzeit **13 Bürgerinitiativen gegen solche Trassen**. (Oft geht es so idiotisch zu, dass die gleichen Leute protestieren, die vorher nach "erneuerbarer" Energie riefen) Der Aufruhr wird bald stärker, denn bis 2015 werden nach Angaben der Deutschen Energie-Agentur wegen des **Transportes des Offshore-Windstroms** 850 km neue Höchstspannungsleitungen gebaut, danach sollen noch weitere schätzungsweise "1.000 Kilometer" zur Verteilung folgen. (Berliner Zeitung 13.08.2010)

☉ Iran fährt das **Kernkraftwerk Buschehr mit Moskaus Hilfe** an. Russland liefert die Brennstäbe und übernimmt die abgebrannten Brennstäbe und damit das angefallene Plutonium. Zur Inbetriebnahme sind Inspektoren der **IAEA (Internationale Atomenergie-Behörde, Wien)** eingeladen. Um den Leichtwasser-Reaktor, dessen Bau 1975 von Siemens begonnen wurde, gibt es Streit. US-Außenministerin Hillary Clinton hatte bis zuletzt versucht, Moskau von der Lieferung des Kernbrennstoffes abzubringen.

☉ Die **USA und Vietnam** haben eine Kooperation zur friedlichen Nutzung der Kernenergie vereinbart. Vietnam darf demnach Uran anreichern und will **in den nächsten 20 Jahren zügig 14 (!) Kernkraftwerke in Betrieb** nehmen. Wahrscheinlich wird auch Frankreich beteiligt - wegen seiner anerkannt großen technischen Erfahrung.

☉ Aufgrund eines Einspruchs der Bundeswehr kann **"Energiekontor"** ein geplantes Windkraftprojekt nicht umsetzen. Die Windräder stören die Radaranlagen des nahe gelegenen Stützpunktes Nordholz. Ein Einzelfall sind die Probleme von Energiekontor nicht. Im Umkreis von **bis zu 80 Kilometer rund um viele Bundeswehrflugplätze** werden immer häufiger neue Windräder verhindert. Laut Bundesverband Windenergie (BWE) liegen Anlagen mit einer Leistung von 1.458 MW auf Eis.

Baukosten einiger Stromerzeuger

Träger, Ort	Energiequelle	Größe in MWe	KOSTEN € p. MWe
EON, Datteln	Kohle	800	1.000
USA, Hyperion	Kernkraft	25*)	1.200
Russland, Bez. Kaliningrad	Kernkraft	2.350	1.300
Finnland, Olkiluoto	Kernkraft	1.600	1.875
Ruedersdorf b. Berlin	Müll	32	3.000
Meck-Vorpommern	Gülle	??	4.000
Spanien, Andasol 1	Sonne	??	6.000
USA, Las Vegas, Parabolrinnen-Kraftwerk	Sonne	??	4.000

*) Entwicklung Kleinkernkraftwerk

NAMEN SIND NACHRICHTEN

Diesmal nur ein Name: **Hans Kaiser**. Er vertritt die Konrad-Adenauer-Stiftung in **Budapest** und bestätigte mir in einem langen Gespräch, dass die westlichen Medien mit fast nur der Ausnahme der "Neuen Zürcher Zeitung" mehr Falsches als Korrektes aus Budapest berichten. Wer beim Stichwort Ungarn genau auf den ARDZDF-Schirm sieht, hat ja seit Wochen den Eindruck, Wahlsieger und Premier **Orban, Vizepräsident der EVP** !), lasse schon morgen früh den Ausbruch des Faschismus zu. Kaiser war viele Jahre seiner politischen Laufbahn **an der Seite von Bernhard Vogel**. In Mainz, in Erfurt, in Berlin. Wir vereinbarten mit seiner Hilfe "Hintergrund" für **ContraSalon** zu beleuchten, also gegen die Hetze zu halten, die nicht zuletzt aus Wien stammt und möglich wurde, weil fast alle westlichen Korrespondenten in Budapest Einsparungen zum Opfer fielen - wie wir das auch aus anderen Südost-Hauptstädten kennen. JW



MEDIEN

@ Eine unbeabsichtigte Sensation bot der Verlag, der jede Woche faksimilierte Zeitungen aus der NS-Zeit an die Kioske bringt. Zu den Zeitungen zählt das **deutsch-jüdische Emigrantenblatt AUFBAU**, das in New York gegründet wurde. In seiner faksimilierten Ausgabe **VIII - No. 23 vom 5. Juni 1942** bringt er unter der Schlagzeile **"Der Papst setzt sich für Juden ein"** die Story seines aus Rom heimgekehrten Reporters **David Colin** Details über das **Scheitern italienischer Judengesetze**, die auf Druck aus Berlin beschlossen und mit Wissen höchster Faschisten **einschließlich Benito Mussolini** nicht ausgeführt worden seien. Colin schrieb auch, 85% der Italiener seien proamerikanisch und antideutsch.

@ 100 Sendungen hat **Frank Plasberg** produziert und eine Diskussion über seinen Sendeplatz losgetreten: "Man" überlegt jetzt ernsthaft, den geschickt hantierenden Linken **auf einen komfortablen 20.15-Platz** zu heben.

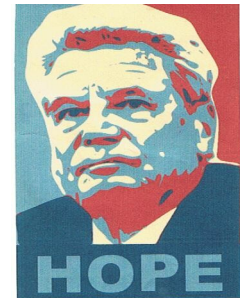
@ Mit erhöhter Auflage wird das von den **"Deutschen Konservativen"** gemanagte **"DEUTSCHLAND-Magazin"** per Post eine "Großkampagne" unter dem Slogan **"Ich bin für Karl-Theodor zu Guttenberg"** starten und verteilt **"Stimmzettel"** mit dem Aufdruck **"Merkel oder Guttenberg?"** Die Aktion wird aus Hamburg gesteuert, nicht - wie sonst - aus Berlin. Der Organisation gehören ältere CDU-Mitglieder und Parteilose an.

@ Durch Druck aus einigen Zeitungen gaben fünf ARD-Intendanten an, was sie pro anno - ohne Zuschläge - verdienen: Monika Piel (WDR) 308.000 €; Peter Boudgoust (SWR) 273.000 €; Lutz Marmor (NDR) 286.000 €; Fritz Raff (SR) 210.000 €; Dagmar Reim (RBB) 220.000 €.

@ **Umzug nach Berlin kostete dpa** die ersten Verluste ihrer Agenturgeschichte: 3.8 Mio €. Der umstrittene Umzug im Internet-Zeitalter hat **7.7 Mio.** verbraten. Am 15. September geht's los an der Spree. 2010 droht der nächste Verlust durch Investitionen. Schaden erlitt dpa auch durch die **Entscheidung der mächtigen WAZ, den Vertrag mit der Agentur zu kündigen.**

@ **23 Mio. €** hat nach der Endabrechnung die **Übertragung des Grand Prix d'Eurovision** die Norweger gekostet. Der NDR, als nächster dran, hörte es, so Ohrenzeugen, "mit Grausen".

@ Die größte Unterstützung im Ringen mit **Christian Wulff** hatte **Joachim Gauck** im INTERNET. Eine nicht öffentlich zugängliche Untersuchung zeigt, dass vor allem Helfer aus dem linken Quartier tätig wurden. Als man startete, **war Gauck nur 14% der Wahlbürger ein Begriff, am Ende "satt über 80 %"**. Auch die rechts abgebildete Grafik wurde eingesetzt.



Joachim Gauck

@ In den **Niederlanden gibt es bald keine Sonntagszeitung mehr.** Die letzte, der "**De Telegraaf po Zondag**" wird nach Weihnachten enden. Ihr Verlag hatte 2009 bei Anzeigen 20% verloren. Das Mutterblatt, der konservative "De Telegraaf" hat noch 650.000 Auflage, musste aber **500 Stellen streichen.**

AKTUELL

Noch ein Brief vom "Alten" für Leute, die die CDU gern verschieben

Konrad Adenauer hat nach 1945 sofort allen Kräften widerstanden, die die CDU nach rechts ins konservative Lager der Periode vor 1933 rücken wollten. Schlange-Schöningen zählte zu den sehr späten konservativen Hitler-Gegnern, lehnte den Krieg ab und konnte 1945 auf englische Freunde rechnen. Er wurde erster Bonner Botschafter in London und betätigte sich nicht mehr in der CDU, Der Brief Adenauers wurde vor dem Aufstieg des Kölners geschrieben und widerlegt gut den Quatsch der "WELT", erst Angela Merkel habe der CDU die "Mitte" *verordnet*. Nach Adenauer stellten insbesondere Kohl und Geißler den Begriff "Mitte" im Ringen mit SPD und Grünen heraus. Der ungekürzte Brief erschien in den Brief-Bänden der Stiftung Bundeskanzler Konrad Adenauer in Bad Honnef-Rhöndorf.

=====

29. Januar 1946

Sehr geehrter Herr Schlange-Schöningen,

Am 26. 1. 46 bat ich Sie telegraphisch, die Drucklegung der Broschüre, die Sie mir am 24. 1. 46 in Herford freundlichst übergaben, zurückzustellen. Ich darf Ihnen in folgendem die Gründe meiner Bitte darlegen.

1. An zwei Stellen, in den Rundschreiben 1 und 2, wird das alte *Zentrum* „ultramontan“ genannt. Von jeher wurde diese Bezeichnung von den Mitgliedern der früheren Zentrums-partei als beleidigend empfunden. Ich bin überzeugt davon, dass es Ihnen völlig fern gelegen hat, irgend jemanden durch den Gebrauch dieses Wortes zu kränken, aber es dürfte wohl richtig sein, den Gebrauch dieses Wortes ganz zu vermeiden.

2. Im Rundschreiben Nr. 1 heißt es: „Wir können der Sozialdemokratie nur aufrichtig wünschen, dass es ihr gelingen möge, in klarer Frontstellung gegen die Kommunisten große, bejahende Arbeiterpartei zu werden, etwa wie England sie in der Labour Partei besitzt.“ Dieser an die SPD gerichtete Wunsch verkennt m. E. völlig, dass die CDU mindestens mit demselben Recht die Handarbeiter zu ihren Mitgliedern zählt und zählen muss wie die SPD. Auch die Gleichstellung der SPD mit der Labour Partei ist nicht zutreffend. Soweit ein Ver-

gleich zwischen Parteien verschiedener Länder möglich ist. glaube ich, dass hinsichtlich Wählerschaft und Abgeordneten der Labour-Partei eine Parallele zwischen ihr und der CDU viel eher gezogen werden kann als zwischen ihr und der SPD. Die Veröffentlichung und Verbreitung dieser im Rundschreiben Nr. 1 ausgesprochenen Ansichten wird — das glaube ich mit Bestimmtheit sagen zu können — in breitesten Schichten der CDU schärfsten Widerspruch hervorrufen.

3. An mehreren Stellen in allen Rundschreiben ist von der christlich-demokratischen Aufbau- und von der Union die Rede als von einer „Rechts“partei. Das ist nicht richtig. Ich fürchte auch hier sehr scharfen Widerspruch von breitesten Schichten der CDU, wenn von so angesehenen Männern wie Sie eine derartige Anschauung über das Wesen der CDU verbreitet wird. „Rechtspartei“ und „Linkspartei“ sind relative Begriffe, die man zweckmäßiger Weise überhaupt gegenüber jeder Partei vermeidet, bis ein festes Gefüge mehrerer Parteien entstanden ist. Wir wissen aber gar nicht, welche Parteien sich noch in Deutschland bilden werden, noch, wo sie stehen werden. Die Bezeichnung „Rechts“ „Links“ oder die Worte „alle Kreise rechts von der Sozialdemokratie“ geben ein unzutreffendes Bild von unserer Partei. Sie verleiten den, der von früher her mit den Worten „Rechts“ „Links“ eine bestimmte Vorstellung verbindet, sich eine falsche Vorstellung von unserer Partei zu machen. **Auf sie würde, wenn man frühere Bezeichnungen überhaupt gebrauchen will, noch am ehesten das Wort „Mitte“ zutreffen.** — Wir werden in der nächsten Sitzung des Zonenausschusses ein Parteiprogramm feststellen. Nach diesem Programm wollen wir arbeiten, nach diesem Programm und nach unserer Arbeit sollen uns die Wähler beurteilen.

4. In Ihren Rundschreiben wird der Gedanke, alle rechts von der Sozialdemokratie Stehenden zu sammeln, der Sammlungsgedanke, an verschiedenen Stellen stark unterstrichen. Es könnte daraus der Eindruck entstehen, dass der Sammlungsgedanke unser Leitgedanke sei. Wir dürfen aber keine Sammelpartei sein, sondern wir müssen eine Partei sein mit eigenem, neuem Programm. Auf „Sammlung“ als Fundament lässt sich keine neue Partei aufbauen, weil „Sammlung“ nichts in die Zukunft Weisendes ist.

Eine neue Partei wie die unsrige entwickelt erst im Verlaufe einer gewissen Zeit die ihr zu Grunde liegenden Ideen zu festen und klar umrissenen Programmsätzen. Zu diesem Abschluss unserer Entwicklung kommen wir hoffentlich auf der Tagung des Zonenausschusses Ende Februar. Dann werden manche im Stadium der Entstehung der Partei gemachten Ausführungen als nicht zutreffend oder als überholt erscheinen. Bitte prüfen Sie, ob sich unter diesem Gesichtspunkt die neue Verbreitung Ihrer Rundschreiben empfiehlt, ob nicht nach Feststellung (d.h. Verabschiedung, **JW**) des Parteiprogramms ein neues, dieses Programm behandelndes Rundschreiben zweckmäßiger ist.

Sollten Sie in wesentlichen Punkten mit meinen vorstehenden Ausführungen nicht einverstanden sein, so haben Sie die Freundlichkeit, mir Ihre Gegenargumente so bald mitzuteilen, dass ich mein heutiges Schreiben und Ihre Antwort den übrigen Mitgliedern des Zonenausschusses zwecks Vorbereitung der Diskussion baldigst mitteilen kann. Meine vorstehenden Ausführungen habe ich zu meiner Selbstkontrolle mehreren mir erreichbaren hervorragenden Mitgliedern unserer Partei aus beiden Konfessionen und den verschiedensten Ständen vorgetragen und bei ihnen uneingeschränkte Zustimmung gefunden.

Mit hochachtungsvollen Grüßen bin ich
Ihr sehr ergebener (*Adenauer*)

(Fettungen: *ContraSalon*)

Jürgen Wahl Seibachstraße 6 + 53343 WACHTBERG

Tel. 0228 – 324381 // e -mail: post@jwahl.de

[Deine / Ihre Spende](#)

[bitte auf mein Konto 101403017 bei der Volksbank Wachtberg, Bankleitzahl 37069805](#)